

Die Verfasser des Berichtes der Senatskommission haben ganz recht, wenn sie sagen, daß Bismarck von Frankreich das „Sichabfinden“ mit der Vergangenheit verlangte. Sie haben aber unrecht, wenn sie ihm das zum Vorwurf machen. Denn es ist doch klar, daß ein Volk und daß Regierungen, deren ganze Außenpolitik von einer einzigen Sehnsucht beherrscht wird, naturnotwendig jede Gelegenheit ergreifen müssen, die sich ihnen zur Erfüllung dieser Sehnsucht bietet. Und deshalb war dieses „Sichabfinden“ mit der Vergangenheit für jeden Staatsmann, der die schwer errungene Machtstellung seines Landes nicht gewaltsam antasten lassen wollte, eine durchaus berechtigte Forderung, und nicht der, der sie erhob, sondern der, der sie für unerfüllbar erklärte, bedrohte den europäischen Frieden.

Gerade weil alle Versuche, durch Unterstützung französischer Expansionsgelüste während des Jahrzehnts von 1875 bis 1885 Frankreich zu versöhnen, nicht zu diesem Ziel geführt hatten, ohne dessen Erreichung der Frieden Europas nicht gesichert werden konnte, mußte Bismarcks Politik darauf gerichtet sein, durch Bündnisse zu verhindern, daß Frankreich Bundesgenossen zur Befriedigung seiner friedenstörenden Wünsche fand.

Dieser Grundgedanke beherrscht in der That die Politik des großen Meisters im Schachspiel der Diplomatie während der letzten Jahre seines Wirkens. Der Abschluß des Dreikaiserbündnisses, seine Erneuerung, der Dreibund und die im Jahre 1885 versuchte Annäherung an die englische Politik, die nach den Verfassern des Senatsberichtes keinen anderen Zweck hatte, als durch die Isolierung Frankreichs die deutsche Herrschaft auch